

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 78-2 vom 25. August 2026

Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier

bei der Veranstaltung „Zuhause in Deutschland. Wie wir miteinander leben“
am 25. August 2026 in Berlin:

Liebe Gäste! Herzlich willkommen zu Hause!

Ich freue mich wirklich sehr, dass Sie dieser Einladung so zahlreich gefolgt sind. Meine Frau und ich, wir freuen uns beide, dass wir Sie hier begrüßen dürfen im neuen Amtssitz – wenn auch temporär – im neuen Amtssitz des Bundespräsidenten.

Und ein Amtssitz – sei er nun ein Schloss oder ein farbenfroher, kurviger Neubau mitten in der Stadt – ein Amtssitz ist der Ort, an dem das Staatsoberhaupt seine Aufgaben erfüllt. Und genau dadurch wird er gleichzeitig zu einem Haus für alle. Für alle, die miteinander in Deutschland leben – und für die Gäste, die Freunde und internationalen Partner unseres Landes.

So jedenfalls habe ich diesen Ort immer verstanden, und deshalb habe ich meinen Amtssitz in den vergangenen neuneinhalb Jahren sehr bewusst ins Zeichen der Demokratie und des Austauschs gerückt: Expertinnen und Wissenschaftler haben ihre neuesten Erkenntnisse zur Debatte gestellt, wir haben an runden Tischen und auf Podien über das Zusammenleben entweder hierzulande und in der Welt diskutiert oder häufig Bürgermeister aus Kommunen im ganzen Land zusammengebracht. Staatsgäste haben unserem Land die Ehre gegeben und Künstlerinnen unseren Horizont erweitert, und jedes Jahr haben Bürgerinnen und Bürger gemeinsam gefeiert.

Und der Sitz des Bundespräsidenten soll auch hier am neuen Ort das offene Haus unserer demokratischen, unserer vielfältigen, modernen, neugierigen und auch debattenfreudigen Republik sein. In diesem Sinne sage ich: herzlich willkommen im neuen Zuhause hier am Spreebogen!

Liebe Gäste, wenn man umzieht, dann stellt sich ja immer die Frage: Wie wollen wir uns miteinander einrichten? Was also liegt da näher, als sich gleich bei der ersten Veranstaltung im neuen Haus damit zu beschäftigen, wie wir alle, die wir in Deutschland zu Hause sind, miteinander leben wollen? Und zu dieser Debatte lade ich Sie alle heute herzlich ein – auf dem Podium, und auch im Publikum. Machen Sie mit, bringen Sie sich ein mit Ihrer Expertise, mit Ihrer Lebenserfahrung, mit Ihrer Meinung. Ich freue mich auf unsere Podiumsteilnehmer und ich freue mich, dass Sie, liebe Helene Bubrowski, gleich die Runde hier moderieren werden.

Wie wollen wir miteinander leben, wie richten wir uns ein? Wenn ich auf unser Land schaue, so wird unter dieser Überschrift doch vor allem eine Debatte geführt: Wer gehört dazu? Und vor allem: wer nicht? Fragen rund um Einwanderung, Migration und Integration haben unsere Gesellschaft aufgewühlt, sogar gespalten. Und nicht nur manchmal habe ich das Gefühl, wir waren eigentlich schon einmal weiter. Ich gebe auch zu: Als ich 2017 Bundespräsident wurde, hätte ich mir gewünscht, eine Veranstaltung wie heute – immerhin fast zehn Jahre später – wäre nicht so tagesaktuell und nicht mehr ganz so notwendig. Aber sie ist es.

Wenn ich durch unser Land reise, dann höre ich immer wieder von Angst. Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte, oft hier geboren, aufgewachsen, berichten mir, dass sie sich unter Druck fühlen, stärker als früher, ja, dass sie sogar Angst haben, ob sie hier weiter zu Hause sein können. Deshalb sage ich zunächst einmal mit einiger Deutlichkeit: Wenn Menschen in unserem Land schlaflose Nächte haben, weil sie ausgegrenzt und angegriffen werden, dann müssen wir alle hellwach werden. Deutschland ist unser gemeinsames Zuhause! Und hier tragen wir gemeinsam Verantwortung.

Aber Sorgen und Befürchtungen, die höre ich auch von vielen, die seit Generationen hier leben. Sie berichten mir zum Beispiel bei vielen Ortszeiten, bei denen ich im Land unterwegs war, dass Zuwanderung unsere Gesellschaft überfordere, dass das Gefühl

der Fremdheit im eigenen Land zu groß geworden sei, die Schulklassen zu voll, die Städte und Gemeinden überlastet, der Druck zu groß. Und diese Angst ist erst einmal einfach eines: Sie ist da.

Und auch das muss klar sein: Wenn Menschen das Vertrauen verloren haben in gelingendes Zusammenleben, dann ist Politik gefragt. Das heißt, rasch und entschieden die offensichtlichen Probleme, wo es sie gibt, nicht ignorieren, sondern angehen, bearbeiten und wo immer möglich Lösungen anbieten.

Ich glaube, liebe Gäste, was wir auch wieder stärker brauchen miteinander, ist ein wirklich realistischer Blick auf die Gegenwart. Es liegt doch auf der Hand, wie ich finde: Zuwanderung bringt Kraft. Und Zuwanderung kostet auch Kraft. Wir brauchen als Land Zuwanderung, wir brauchen sie, wenn wir funktionieren wollen; das gilt für Krankenhäuser, Altenheime und Pflegeeinrichtungen, und es gilt inzwischen für große Bereiche der privaten Wirtschaft. Und gleichzeitig ist richtig, dass Zuwanderung immer auch Veränderung bedeutet, Anpassung an neue Bedingungen, Reibung und Konflikt. All das stellt eben eine ziemliche Aufgabe dar, für alle Beteiligten.

Ist das alles neu, was ich Ihnen sage? Nein, keineswegs. Auch wenn wir uns das lange nicht eingestehen wollten: Seit Langem sind wir in Deutschland doch eine von Einwanderung geprägte Gesellschaft, spätestens seit den Anwerbeabkommen der späten 50er und 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit den südeuropäischen Staaten und der Türkei. Die starke, über lange Perioden wachsende Wirtschaft hat Menschen aus aller Welt angezogen, und die Wahrheit ist: Viele haben wir gebraucht. Wenn heute knapp ein Drittel der Menschen in unserem Land Wurzeln außerhalb Deutschlands hat und die meisten davon hier geboren sind, wenn 42 Prozent der Schulkinder Vorfahren in einem anderen Land haben, dann reden wir eben nicht länger von einzelnen Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Dann ist Deutschland, unser Land, ein Land mit Migrationshintergrund.

Und mit dieser Erfahrung sind wir bei Lichte betrachtet doch auch nicht allein. Wir teilen sie mit vielen unserer europäischen Nachbarstaaten, sogar mit den meisten entwickelten Demokratien der Welt. Und wir teilen natürlich auch die Herausforderungen, die damit verbunden sind.

Aber was heißt das eigentlich konkret, Kraft geben und Kraft kosten? Ich will es einmal am Beispiel einer Stadt beschreiben, die irgendwo in Deutschland liegen könnte.

Zuwanderung bringt dieser Stadt Kraft, wenn im Krankenhaus und im Pflegeheim genügend Fachleute und Ärzte da sind, und jede und jeder, der alt und krank ist, gut versorgt wird. Zuwanderung bringt dieser Stadt Kraft, wenn die örtlichen Firmen im Tiefbau, im Hochbau, in Gaststätten, Hotels gute Angestellte und Arbeiter finden, wenn Ingenieure kommen, die wir brauchen, wenn Tourismus funktioniert und vieles andere mehr. Aber noch mehr: Es bringt der Stadt etwas, wenn junge Menschen auch der Überalterung entgegenwirken, wenn Kinder auf Schulhöfen spielen. Zuwanderung bringt dieser Stadt Kraft, weil Menschen aus anderen Teilen der Welt Kenntnisse mitbringen, Mut, Energie und vor allen Dingen auch Aufstiegswillen.

Aber natürlich kostet Zuwanderung dieselbe Kommune auch Kraft. Wenn sie in kurzer Zeit viele Geflüchtete unterbringen, Sprachkurse einrichten, Verwaltungshandeln organisieren und Regeln durchsetzen muss, wenn Ansprechpartner gebraucht werden, Starthilfe und überhaupt Hilfe in ganz unterschiedlichen Lebenslagen nötig wird. Und was ich über diese fiktive Stadt sagte, gilt eigentlich für fast alle. Aber vor allen Dingen gilt es noch mehr für die Menschen, über die ich rede. Zuwanderung kostet vor allen Dingen diejenigen Kraft, die alles verloren, alles hinter sich gelassen haben, die neu anfangen müssen in einem ganz neuen Land, die die Sprache nicht können, die Arbeit, Wohnung, Freunde, Schulen suchen müssen, die zwar von einem Leben in Frieden und Freiheit träumen, zugleich aber zunächst einmal die Regeln einer freiheitlichen Demokratie lernen und annehmen müssen.

Und genauso kostet sie die alteingesessenen Bürger Kraft, die sehen, dass Zuwanderung auch ihren Ort verändert. Die verstehen müssen, dass Toleranz nicht bedeutet, nur das zu akzeptieren, was man ohnehin kennt. Sondern dass das auch bedeutet, manches zu akzeptieren, was einem vielleicht fremd ist. Ich sage und betone: Manches, nicht alles. Denn natürlich gelten unsere Gesetze. Und wenn Populisten behaupten, Vielfalt durch Zuwanderung bedeute eben auch Hinnahme von Kinderehe, Frauendiskriminierung und Paralleljustiz in unserem Land, dann ist das nicht nur falsch, sondern das zündelt absichtsvoll am gesellschaftlichen Frieden. Vielfalt auszuhalten im Rahmen unserer Gesetze, darum geht es, und das ist oft anstrengend genug.

Liebe Gäste, die Beispiele zeigen doch vor allem eins: Zusammenleben ist Arbeit. Wir müssen Zuwanderung und Integration immer wieder demokratisch aushandeln und politisch gestalten. Dazu gehört auch die Diskussion, wie viel an Zuwanderung wir bewältigen können, ohne alle Beteiligten zu überfordern.

Der Grundsatz kann doch nur sein: Wer bleiben darf, soll tatsächlich dazugehören können. Schulen, Wohnen, ärztliche Versorgung – dazu müssen die Menschen Zugang haben. Und wer gehen muss, muss tatsächlich gehen. Unser Staat muss den Menschen zugewandt, aber auch den Dingen gewachsen sein. Oder anders gesagt: Menschlichkeit ist das Maß. Kraft zum Handeln aber auch eine der Voraussetzungen.

Zuwanderung zu gestalten, das ist eine Herausforderung. Und es wird auch in Zukunft nicht einfacher werden, auch dann nicht, wenn wir vorankommen bei der Integration. Vielleicht sogar im Gegenteil: In einem Einwanderungsland, in dem es gerecht zugeht, wird mehr gestritten. Das hat Aladin El-Mafaalani vor einiger Zeit ganz treffend als Integrationsparadox beschrieben.

Niemand muss seine Herkunft verleugnen, um hier in Deutschland zu Hause zu sein. Jeder soll von da, wo er ist, einen Schritt näherkommen, so hat Navid Kermani vor einiger Zeit eines seiner Bücher überschrieben. Und gerade in diesem Vermögen aufeinander zuzugehen liegt unsere Menschlichkeit. Niemand muss seine Herkunft verleugnen, und ja: Ein Mensch kann mehrere Heimaten haben. Heimat gibt es eben auch im Plural – auch wenn es für viele so hat Ursula Krechel geschrieben, eher ein Dazwischen bleibt, zwischen den Heimaten. Was uns verbindet, ist nicht das Woher. Sondern uns verbindet der Alltag auf einer gemeinsamen Grundlage. Und das ist eine Grundlage, die die Mütter und Väter unserer Republik geschaffen haben, damit wir frei und gerecht miteinander leben können: Die gemeinsame Grundlage ist das Grundgesetz.

Und dieses Grundgesetz ist sehr klar, viel klarer als manche es sagen wollen: Es gibt eben keine Staatsbürger erster oder zweiter Klasse. Unsere Verfassung schließt das deutsche Volk nicht ab als eine ethnische Abstammungsgemeinschaft, kennt keine

Volksgemeinschaft gleichen Blutes und ebenso wenig staatsbürgerschaftliche Privilegien für die so genannten Biodeutschen. Das deutsche Volk im Sinne unserer Verfassung, das sind eben auch Deutsche, die hinzugekommen sind.

Denn nicht allein die Herkunft der Großeltern macht uns zu Deutschen. Nicht das Blut, das in unseren Adern fließt. Es ist die Staatsbürgerschaft, gleich ob sie durch Geburt oder durch Einbürgerung erworben worden ist. Es ist die Sprache, die wir teilen. Es ist der Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben in Freiheit. Und es ist die Verfassung, auf deren Boden wir stehen. Wer aber das Deutsch-Sein in Kategorien einteilen und abstufen will, wer damit beginnt, staatsbürgerschaftliche Rechte nicht mehr dem Einzelnen, sondern nach Gruppenzugehörigkeit zu verteilen, der greift unsere Verfassung an, der stellt sich außerhalb einer demokratischen Ordnung, wie sie vom Grundgesetz verfasst ist.

Dieses Land gehört eben allen, die rechtmäßig hier leben, die es täglich gestalten, die hier groß und alt werden, lernen und arbeiten, hoffen und streiten. Wir müssen Verschiedenheit aushalten, ohne die gemeinsame Grundlage preiszugeben, auf der wir Mitmenschen achten. Leben in einem Land mit Migrationshintergrund, das bedeutet: Verschiedenheit mal genießen, mal aushalten, mal Grenzen setzen. Aber vor allen Dingen Gemeinsamkeit dort verlangen, wo es grundsätzlich wird.

Zum Beispiel, wenn es um unsere Geschichte geht: Alle Menschen in unserem Land stehen in der Verantwortung des Nie wieder!. Alle Menschen. Wer in Deutschland lebt, der muss die Geschichte von Auschwitz kennen und die Verantwortung, die daraus für uns erwächst.

Auch wenn die Debatte im Augenblick höchst polarisiert verläuft, mein Appell bleibt: Trauen wir uns doch eine gemeinsame Zukunft zu in diesem Land. Wir machen heute nach meiner Überzeugung vieles besser als in den jungen Jahren der Republik. Unser Land ist an sich gewachsen und hat sich immer wieder verändert, auch aufgrund des Einsatzes und der positiven Einflüsse von Einwanderern. Und die Menschen, die heute hier im Saal sind, zeigen das.

Deshalb zum Schluss: Ich wünsche mir ein Deutschland, in dem alle dem Versprechen der staatsbürgerschaftlichen Gleichheit treu bleiben. Ein Land, das Zusammenhalt statt Ausgrenzung wählt, und das jedem eine Absage erteilt, der Phantasien von völkischer Abschottung entwickelt.

Ein Land, das sich nicht im Wir gegen Die verliert, das das Gespräch nicht aufgibt, Ängste wahrnimmt und bearbeitet, und dort, wo es Probleme gibt, nicht zögert, sie anzupacken: mit offenem Herzen und klarer Haltung.

Ich wünsche mir ein Deutschland, das im Zusammenleben unterschiedlicher Menschen seinen Wert, sein Selbstbewusstsein, sogar seinen Stolz findet.

Und deshalb eröffne ich meinen neuen Amtssitz ganz bewusst mit einem Bekenntnis: Unser Land ist heute so vielfältig wie die Menschen, die in ihm leben. Und uns verbindet mehr als uns voneinander trennt. Bauen wir auf all die Träume, all den Mut, auf all die unterschiedlichen Erfahrungen. Und arbeiten wir gemeinsam daran, dass das Zusammenleben in unserem Land mit Migrationshintergrund gelingt.

Herzlichen Dank!

* * * * *